

Wahlprüfsteine des LSVD Baden-Württemberg zur Wahl des 17. Landtags von Baden-Württemberg am 14. März 2021

Antworten der Parteien zum Thema:

Queere Geflüchtete schützen - LSBTTIQ-inklusive Integration von Geflüchteten und Migrant*innen sicherstellen

- 11.1. *Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Leitungen, Sprachmittler*innen), in den Beratungseinrichtungen sowie bei der Polizei zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTTIQ-Geflüchteten fortlaufend geschult werden?*
- 11.2. *Wie wollen Sie LSBTTIQ-Geflüchtete vor Hassgewalt und Anfeindungen in und um Unterkünfte schützen?*
- 11.3. *Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür engagieren, dass in Integrations- und Sprachkursen in der Verantwortung des Landes Baden-Württemberg die Lebenswirklichkeiten von LSBTTIQ ausdrücklich mit in die Unterrichtsmaterialien aufgenommen werden?*
- 11.4. *Wie wollen Sie dem Thema Mehrfachdiskriminierung von LSBTTIQ-Migrant*innen begegnen?*
- 11.5. *Wie wollen Sie die wenigen bestehenden fachspezifischen Anlaufstellen für LSBTTIQ in Baden-Württemberg stärken und vor allem für den Ausbau der Beratungsstrukturen sorgen?*

Bündnis 90 / Die Grünen

Antwort auf Frage 11.1.

Mit Blick auf die haupt- und ehrenamtlichen Helfer*innen in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ist die Sensibilisierung zum Erkennen von Anzeichen für sexuelle Gewalt und die Schulung im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang sollte die Kooperation mit Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, mit Frauenberatungsstellen, mit Angeboten der LSBTTIQ-Beratung sowie Gewaltschutzzentren und Fachstellen für sexuelle Gewalt gefördert und ausgebaut werden.

Antwort auf Frage 11.2.

In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Uns Grünen ist es wichtig, allen Geflüchteten mit besonderem Schutzbedarf den notwendigen Schutz zukommen zu lassen. Dazu gehört es auch, LSBTTIQ-Geflüchtete auf Hilfsangebote in ihrer besonderen Situation aufmerksam zu machen. Sie brauchen Hinweise auf externe und interne Beratungsstellen und Ansprechpersonen. Der Schutz vor Diskriminierung und gewalttätigen Übergriffen muss unter allen Umständen gewährleistet sein. Deshalb setzen wir uns für Gewaltschutzkonzepte und Mindeststandards für die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ein.

Antwort auf Frage 11.3.

Ja, auch in Integrations- und Sprachkursen sollten die Lebenswirklichkeiten von LSBTTIQ-Menschen selbstverständlich thematisiert werden.

Antwort auf Frage 11.4.

Wir Grüne stehen für Vielfalt und kämpfen gegen Diskriminierung jeglicher Art. Herkunft, Hautfarbe, geschlechtliche Identität bzw. sexuelle Orientierung oder Religion dürfen kein Grund für Diskriminierung sein. Wir schreiben den Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ fort und setzen uns für einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität ein. Damit können wir sowohl im gesellschaftspolitischen als auch im strafrechtlichen Bereich die passenden Maßnahmen ergreifen, um Diskriminierung und Ausgrenzung zu begegnen.

Antwort auf Frage 11.5.

Wir haben als grün-geführte Landesregierung die erste TTI-Beratungsstelle in Ulm eingerichtet und eine landesweite Beratungsstruktur aufgebaut. Angebote und Beratungen, die in Städten vielfach von engagierten Institutionen angeboten werden, fehlen aber an vielen Stellen im ländlichen Raum. Wir werden deshalb ortsnahe Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Hotlines und Online-Beratungen installieren. Wir begrüßen es, wenn sich Kommunen für die Einrichtung von Krisenwohnungen für queere Menschen entscheiden, um sie vor Gewalt zu schützen. Eine fachspezifische Beratung für LSBTTIQ- Geflüchtete muss Standard in allen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes werden. Je früher ein besonderer Schutzbedarf festgestellt wird, umso früher kann die schutzsuchende Person passgenaue Unterstützung erfahren. Damit sollten die vorhandenen Beratungsstellen beauftragt werden. Im Zuge der Fortschreibung des Aktionsplans „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ wollen wir gezielt auch die Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen in den Blick nehmen.

CDU

Antwort auf die Frage 11.1. / 11.2. / 11.3. / 11.4. / 11.5

Wir treten dafür ein, dass Flüchtlinge umfassend mit der deutschen Rechts- und Wertordnung vertraut gemacht werden. Wir möchten, dass sie ein klares Bekenntnis zu unserem Wertekanon und den Grundrechten ablegen. Hierzu gehört auch die Anerkennung der Freiheit der sexuellen Selbstbestimmung. Integration ist miteinander statt nebeneinander leben. Der entscheidende Ort hierfür sind die Kommunen und die Orte gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir werden diese in ihrer Arbeit deshalb auch künftig verlässlich und nachhaltig unterstützen. Wir stellen dem Landesbeirat für Integration einen Landesintegrationsbeauftragten zur Seite, der gemeinsam mit ihm den Pakt für Integration mit den Gemeinden weiterentwickelt und die Integrationsstrukturen ausbaut. Wir bekennen uns zudem zur Sozialarbeit und den Jugendberufshelfern, die bei jungen Migranten einen wertvollen Beitrag leisten.

SPD

Antwort auf Frage 11.1. / 11.2. / 11.3. / 11.4. / 11.5.

Baden-Württemberg ist stolz darauf, sicheres Land für Menschen zu sein, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung fliehen mussten. Das Land soll diesen Fluchtgrund akzeptieren, sich für die entsprechende Anerkennung auf Bundesebene einsetzen und einen eigenen Programmbereich

„Queere Geflüchtete“ schaffen. Wir begrüßen es sehr, dass sich unsere Bundesministerin Franziska Giffey vor zwei Jahren mit den wesentlichen Verbänden – darunter dem LSVD – auf die Umsetzung der Mindeststandards für LSBTI* Geflüchtete geeinigt hat. Diese Mindeststandards geben wichtige Hinweise für die Schulung des Personals, den besonderen Schutz in den Unterkünften, für das Kurs- und Beratungsangebot sowie zum Schutz vor Mehrfachdiskriminierung.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Mindeststandards auch in Baden-Württemberg überall eingehalten werden.

Wir wollen die psychosozialen Beratungsstellen besser finanzieren und das Kontingent für Beratungsstunden erhöhen. LSBTTIQ-Geflüchtete können natürlich auch diese Beratungsstellen in Anspruch nehmen.

FDP

Antwort auf Frage 11.1. / 11.2. / 11.3. / 11.4. / 11.5.

Wir beantworten die Fragen im Sachzusammenhang: Wir sehen Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten als Teil der Gesellschaft. Insofern verweisen wir auf die oben gemachten Ausführungen, um Wiederholungen zu vermeiden.

Die Linke

Antwort auf Frage 11.1.

Indem diese Schulungen für alle in diesem Bereich Arbeitenden verpflichtend werden. Wo diese Qualifizierung fehlt, muss sie zeitnah angeboten und verstetigt werden.

Antwort auf Frage 11.2.

Alle Geflüchteten müssen bereits in den Erstaufnahme-Einrichtungen obligatorisch über die Rechte von queeren Menschen und Frauen* aufgeklärt werden, ebenso muss frühzeitig obligatorisch in der Muttersprache der Geflüchteten über Beratungs- und Hilfsangebote aufgeklärt werden. Rund um die Uhr muss eine Notfall-Hotline erreichbar sein und Möglichkeiten zu digitaler Beratung. Als Voraussetzung müssen alle Unterkünfte mit kostenfreiem W-Lan versorgt sein. Wo die Sicherheit von Menschen mit besonderem Schutzbedarf gefährdet ist, muss ein schnelles Intervenieren und eine kurzfristige Verlegung in eine sicheren Unterkunft möglich sein.

Antwort auf Frage 11.3.

Ja!

Antwort auf Frage 11.4.

vgl. 11.1 und 11.2

Antwort auf Frage 11.5.

Indem diese vom Land die notwendigen finanziellen Ressourcen erhalten. Die Angebote müssen unter Beteiligung der LSBTTIQ-Community flächendeckend ausgebaut und verstetigt werden. Hierbei sind unbefristete und angemessen dotierte Normalarbeitsverhältnisse für die Berater*innen und Betreuer*innen zu schaffen.

AfD

Die AfD hat die Wahlprüfsteine des LSVD ignoriert.

Alle Antworten zu den weiteren Themenbereichen finden Sie unter:

<https://ba-wue.lsvd.de/2021/01/27/lsvd-wahlcheck-zur-landtagswahl/>